Europäisch leben, europäisch wählen! Mehr Demokratie durch ein neues europäisches Wahlrecht?

Berichterstatter: Joachim Gasiecki

Am 24. O1. 2022 veranstaltete die EUD eine Kooperationsveranstaltung, an der sich fünf Landesverbände, mehrere Kreisverbände – darunter auch unser KV Schwerin – sowie die JEF Hessen beteiligten. Es stand ein Thema zur Diskussion, dass uns schon rund ein Jahrzehnt bewegt: Wie kann das Wahlrecht der EU so verändert werden, dass die Demokratisierung der EU spürbar gefördert wird? Es geht dabei besonders um die Rolle, die transnationale Wahllisten mit Spitzen-kandidaten der Europäischen Parteien. Vier Europaabgeordnete, die mit dem Thema besonders intensiv befasst sind, trugen Ihre Standpunkte vor und beantworteten Fragen aus dem Kreis der rund 140 Teilnehmer des Meetings: Prof. Dr. Simon – EVP (CDU); D. Boeselager – Greens/EFA (Volt); G. Bischoff – S&D (SPD); S. Hahn – (Renew Europe (FDP).

Einführend fasste der Politikwissenschaftler M. Müller die Ausgangsposition zusammen. Die schwierige Aufgabe der Neuordnung des Europawahlrechts, die ja nach gegenwärtiger Rechtslage im Europäischen Rat einstimmig angenommen wird und von allen Mitgliedsländern national Zustimmung finden muss, ist eine aktuelle Aufgabe, die auch von der EU-Zukunftskonferenz unterstützt wird. Das Ziel ist, durch eine Europäisierung der Wahlen zum EP den Reformprozess der EU voranzutreiben und einen "Legitimationspakt" der EU abzuschließen. Dadurch wird ein "Europäisches Wahlvolk" entstehen, die Europäischen Parteien werden politisch gestärkt und öffentlich sichtbarer.

Übereinstimmung gab es bei den Experten darüber, dass der Zeitpunkt für das Vorhaben günstig ist. Innerhalb der EU erkennen immer mehr, dass man mit den bisherigen Verfahren nicht mehr weiterkommt. Ob die notwendige Wahlrechts-änderung bereits zu den nächsten Europawahlen 2024 wirksam werden könnte, wurde zum Teil skeptisch gesehen, aber eventuell könnte wenigstens eine Art "Pilotprojekt" realisiert werden. Viel wird davon abhängen, inwieweit gelingt, nationale und europäische Interessen Übereinstimmung zu bringen. Ein guter Kompromiss wird erforderlich sein, mit dem eine kluge Kombination von nationalen und transnationalen Listen entstehen kann. Perspektivisch muss sich innerhalb von Reformschritten die politische Kultur in der EU insgesamt verändern. Dazu gehört auch, dass die europäischen Parteiengruppierungen sich zu echten europäischen Parteien entwickeln, die über ein einheitliches Partei-programm verfügen, das national von ihren Mitgliedern entsprechend wirksam vertreten wird. Auf diesem Weg sind noch manche Hürden zu überwinden. Offene Fragen sind z. B.: Wie kommen die transnationalen Listen zustande? Wie spiegeln sich in einer solchen Liste die unterschiedlichen ideologischen Plattformen wieder, die die Wähler bisher gewöhnt sind? Wie können die Interessen der kleineren Mitgliedsländer der EU nach Gleichberechtigung gewahrt bleiben? Wodurch kann man verhindern, dass die gewählten Europaabgeordneten praktisch in zwei Gruppen eingeteilt werden, wenn über ihre Wahl die Erststimme bzw. die Zweitstimme entschieden hat?

Sicher ist: Es kann keine wirkliche europäische Stimmung in der Bevölkerung geben, wenn es nicht gelingt, ein starkes europäisches Bewusstsein zu schaffen. Erst im Zusammenhang mit der Entwicklung einer europäischen Identität wird es möglich sein, ein aktives europäisches Wahlvolk heranzubilden.

Noch ist man auf EU-Ebene nicht in allen ihren Führungsorganen so weit, den Weg zu funktionierenden und die Gleichberechtigung wahrenden transnationalen Listen konstruktiv und gemeinsam zu beschreiten. Aber: Die Zeit drängt!